

Antrag

der Abgeordneten Dr.ⁱⁿ Helga Krismer-Huber, Mag. Georg Ecker, Mag.^a Silvia Moser, Dominic Hörlezeder

betreffend **Studie betreffend Überführung der EVN zu 100 Prozent in Landeseigentum**

Trotz sinkender Preise auf den Energiemärkten zählt die EVN nach wie vor zu den teuersten Energieanbietern. Preissenkungen wurden bisher nicht an Endkund:innen weitergeben, stattdessen zahlreiche Kündigungsschreiben seitens der EVN versendet. Die Nachfolgeverträge, die EVN-Kund:innen angeboten werden, gestalten sich ebenfalls preislich wenig attraktiv.

Bezüglich Einflussnahme seitens des Mehrheitseigentümers Land NÖ besteht aktuell Beschränkung aufgrund des Aktienrechtes. Ein Eingriff ins operative Geschäft, in die Tarifangebote, in den Netzausbau und die Strategie des Unternehmens ist laut Aktienrecht nicht möglich. Der Vorstand leitet die Gesellschaft in eigener Verantwortung, der Aufsichtsrat überwacht und prüft.

Zusätzlich stehen wir vor großen Herausforderungen betreffend die Energiewende und die Umstellung auf erneuerbare Energiesysteme. Ein gutes Förderregime seitens des Bundes erleichtert vielen Menschen diesen Umstieg durch Förderungen u.a. von Photovoltaikanlagen. Dadurch und durch großflächige PV-Anlagen und Windkraft kann die Energiewende in Niederösterreich Schritt für Schritt zusätzlich vorangetrieben werden. Als Hemmschuh stellt sich aber die Niederösterreichische Netzinfrastruktur dar, für die die Netz Niederösterreich GmbH verantwortlich ist, eine 100% EVN-Tochter. Vielerorts kann nicht angeschlossen werden, Einspeisungen von Sonnenstrom ins Netz werden verzögert oder sogar gedrosselt, Bewilligungsverfahren dauern ewig und hohe Netz-Anschlusskosten schrecken Grünstrom-Zulieferer:innen ab, ans Netz zu gehen. Der Grund dafür: die Netzkapazitäten reichen nicht aus. Der Ausbau, der schon vor vielen Jahren hätte passieren müssen, geht nur schleppend voran.

Die EVN AG zu einhundert Prozent in Landeshand überzuführen ist die Möglichkeit, in herausfordernden Zeiten, geprägt von Klima- und Energiekrise, politische Verantwortung zu übernehmen und im Sinne der Versorgungssicherheit allen Niederösterreicherinnen und Niederösterreichern zukünftig leistbare und klimafreundliche Energie bereitstellen zu können.

Daher stellen die gefertigten Abgeordneten folgenden

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, eine Studie in Auftrag zu geben, die die strategische Vorgehensweise für das Ziel eines Delisting der EVN von der Börse beinhaltet, um die EVN als Gesellschaft mit beschränkter Haftung und damit Weisungsrecht zu führen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem WIRTSCHAFTS- UND FINANZ-AUSSCHUSS zur Vorberatung zuzuweisen.